

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Kostbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Nachzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Vildberdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. XL: 2250 Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 298

Donnerstag, den 22. Dezember 1938

90. Jahrgang

## Auf dem Gipfel des Liberalismus Französische Eingeständnisse

Im Laufe der Kammerausprache über den Einnahmehaushalt nannte der rechtsstehende Abgeordnete Denais den Finanzminister Reynaud „Syndikus der Volksfrontpleite“. Das Frankreich von 1936 habe als Finanzminister Auriol gehabt, dessen Irrtümer jetzt Reynaud wieder gutmachen müsse. Diese Ausführungen fanden auf der Rechten und in der Mitte starken Beifall, während die Linke heftig tobte. Ein elsässischer Abgeordneter stellte dann fest, daß die Versprechungen der Volksfront nicht gehalten worden seien.

Inzwischen hatte Ministerpräsident Daladier auf der Regierungsbank Platz genommen. Der Abgeordnete Pietri lobte den Finanzminister wegen der Art, mit der er die Bilanz der gegenwärtigen Lage aufgestellt habe. Pietri gab der Hoffnung Ausdruck, daß Reynaud eine Steuerreform einleiten werde.

Nach seiner Ansicht werde Reynaud auf größere Anleihen noch zurückgreifen müssen. Frankreich sei heute auf dem Gipfel des Liberalismus angelangt, obwohl dieser einer der Toten des Weltkrieges sei. Eine Wiederaufrichtung Frankreichs sei ohne Disziplin unmöglich.

Sodann verteidigte Finanzminister Reynaud seine Finanzpolitik. Er stellte mit Genugtuung fest, daß kein Vordränger die bisher von der Regierung erreichten Erfolge bestritten habe. Reynaud bedauerte, daß man sich auf die Verstaatlichung von Industriebetrieben eingelassen habe. Das Ergebnis in der Flugzeugindustrie sei unbefriedigend. Der Minister unterstrich dann, daß die Fortzung des französischen Kapitals im In- und Ausland erheblich nachgelassen habe.

Während der Ausführungen Reynauds kam es zu mehrfachen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und den Kommunisten. Die Rede wurde von der Mitte und von der Rechten mit Beifall aufgenommen.

### Rote Gewerkschaftspleite

Massenausritte der französischen Arbeiter.

Der französische Gewerkschaftsbund Jouhaux erhält jetzt die Quittung dafür, daß er den allgemeinen Gewerkschaftsverband zu einem Werkzeug der Komintern machen wollte. Der Mißerfolg, den der Allgemeine Gewerkschaftsverband mit dem Generalkstreikversuch am 30. November erlitten hat, hat zu einem wahren Zusammenbruch der marxistisch-kommunistischen Gewerkschaften geführt. Der Allgemeine Gewerkschaftsverband hat in den letzten Wochen nahezu drei Millionen seines Mitgliederbestandes eingebüßt, der vorübergehend auf fünf Millionen angewachsen war.

In den großen Metallindustrien, in denen die Rote U.G.T.-Gewerkschaft die Mehrzahl ihrer Mitglieder hatte, macht sich seit Anfang September ein passiver Widerstand bemerkbar, der sich vorläufig noch in der Weigerung zur Beitragszahlung auswirkt, nach und nach aber dazu übergeht, daß die meisten Mitglieder ihren Austritt erklären. Die Bauarbeitergewerkschaft, die vor einem Jahre auf 550 000 Mitglieder gekommen war, gibt jetzt nur noch 100 000 an. Die Landarbeitergruppe hat 225 000 von 250 000 Mitgliedern verloren. Noch zahlreicher sollen die Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe aus ihren Organisationen ausgetreten sein.

### Glocken über Großdeutschland

Die Sendung „Weihnacht“ des Deutschlandsenders.

Im Deutschlandsender wird am 24. Dezember in der Sendung „Weihnacht“ von 18 bis 19 Uhr Glockengeläut aus dem Norden und Süden, Osten und Westen des Reiches erklingen. Dabei werden in diesem Jahr auch Glocken aus der Ostmark (Braunau, Linz, Wien) und dem Sudetenland (Eger, Karlsbad, Reichenberg, Brüx) ihre Stimme ertönen lassen. Am Schluß vereinigen sich sämtliche Glocken der Reichshauptstadt zu einem Weihnachtsgruß an alle deutschen Menschen.

### Der Konflikt um Hore Belisha

Chamberlain berichtet dem König

Der Konflikt um den Kriegsminister Hore Belisha hat sich offensichtlich zugespitzt. Auf Veranlassung Hore Belishas saßen die Nationalliberalen eine Protestschlesung, die sich dagegen wendet, daß Hore Belisha von seinen Gegnern für seinen Ministerposten als unfähig und ungeeignet bezeichnet wird. Hore Belisha suchte daraufhin Chamberlain auf und hatte mit ihm eine längere Unterredung, über deren Ergebnis jedoch nichts bekannt gegeben wurde. Anschließend begab sich Chamberlain zum König, um ihm über die Lage zu berichten.

Wie verlautet, hat Chamberlain den parlamentarischen Staatssekretär im Kriegsministerium, Lord Strathcona sowie den parlamentarischen Staatssekretär im Kolonialministerium, Lord Dufferin and Ava, für Donnerstag zu sich gebeten. In politischen Kreisen hält man es für möglich, daß eine Entscheidung im Konflikt Hore Belisha doch noch unerwartet schnell fallen werde.

### 20 Millionen Pfund für Unterstände

Große Verstärkung der englischen Luftabwehr.

Lordsegelbewahrer Sir John Anderson gab im Unterhaus eine längere Erklärung über den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe ab.

Die Bevölkerung müsse vor allem während der Arbeit geschützt werden, und hier liege die Verantwortung in erster Linie bei dem Arbeitgeber. Unmittelbar nach Weihnachten werde man ein Gesetz einbringen, das Handel und Industrie gewisse Verpflichtungen auferlege. Außerdem müßten die Behörden diejenigen schützen, die während eines Luftangriffs auf der Straße überfallen würden. Öffentliche Unterstände würden in Form von Schützengraben oder in sonstiger Art geschaffen werden. Die Keller sollten verstärkt werden, wozu ein besonderes Stahlgelüst zur Verfügung gestellt werde. Für Häuser ohne Keller habe man einen Stahlunterstand entwickelt, der leicht zusammenlegbar sei und außerhalb des Hauses etwa einen halben Meter tief in den Boden gegraben werden solle.

Die Regierung werde die notwendigen Mittel sicherstellen. Zunächst sollen für 10 Millionen Menschen private Unterstände geschaffen werden, wofür man 20 Millionen Pfund benötige. Es bleibe, so schloß Anderson, Pflicht der Lokalbehörden, für öffentliche Unterstände zu sorgen, aber das Schatzamt werde mehrere Millionen Pfund zu den Kosten beitragen.

### „Meginot-Linie“ von Tunis

100 000 Mann zu Manövern zusammengezogen.

Die Gerüchte über eine Befestigung der libysch-tunesischen Grenze werden jetzt von französischer Seite bestätigt. Die Pariser Blätter veröffentlichen eingehende Berichte über die in aller Stille erbaute „Meginot-Linie von Tunis“, deren Befestigungsanlagen als uneinnehmbar bezeichnet werden. „Paris Soir“ berichtet, daß 100 000 Mann längs der libysch-tunesischen Grenze zu Manövern zusammengezogen seien, um die Verteidigung aller strategischen Punkte zu prüfen und zu verbessern.

## Neues Kabinett Stojadinowitsch

Personelle Veränderungen

Prinzregent Paul empfing den Außenminister und Ministerpräsidenten Dr. Milan Stojadinowitsch, der ihm die nach Stupschina-Wahlen übliche Gesamtdemission des Kabinetts überreichte.

Da die Liste des Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch bei den Stupschina-Wahlen am 11. Dezember in zwei Dritteln aller Wahlkreise gesiegt hat und 304 von 371 Abgeordnetenstimmen errang, wurde er vom Prinzregenten Paul mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Es wurden verschiedene personelle Veränderungen vorgenommen.

Die Liste des neuen Kabinetts Stojadinowitsch hat folgende Zusammensetzung:

Ministerpräsidentium und Außenministerium: Dr. Milan Stojadinowitsch; Inneres: Milan Mitschunowitsch; Verkehr: Meshmed Spaho (unverändert); Krieg: Armeegeneral Milutin Reditsch; Finanzen: Duschan Letica; Soziales: Dragan Zvetkowitz; Justiz: Milan Simonowitsch; Handel und Industrie: Ingenieur Nikolaus Rabalin; Acker-

bau: Swetozar Stankowitsch; Unterricht: Franz Kujundschitsch; Forsten und Bergbau: Dobriwoje Stojchowitz; Bauten: Dr. Miha Kret; Post: Panto Zowanowitsch; Körperliche Erhaltung: Anton Makrowitsch; Minister ohne Geschäftsbereich: Franz Snoj, Schaser Kulenowitsch, Woisa Gjorgjowitsch.

Die wichtigste Veränderung gegenüber der alten Regierung bedeutet das Ausscheiden des bisherigen Innenministers Dr. Anton Koroschew, wodurch die neue Regierung eine stärkere Geschlossenheit erreicht.

Der neue Innenminister Mitschunowitsch genießt das besondere Vertrauen des Ministerpräsidenten. Besondere Verdienste hat er sich um die Bekämpfung des Kommunismus erworben.

In politischen Kreisen Belgrads rechnet man nach dem Zusammentritt der Stupschina oder kurz vorher mit einer weiteren Regierungsumbildung. Vor allem soll eine Reihe jüngerer Kräfte zur Mitarbeit als Staatssekretäre oder Minister ohne Geschäftsbereich herangezogen werden.

fassung der noch vorhandenen „unsichtbaren“ Arbeitskräfte durchgeführt worden. Immer wieder verstehen es dabei Arbeitsunwillige, sich dem Zugriff zu entziehen. Zum Teil wandern sie in die Großstädte ab in der Annahme, dort besser untertauchen zu können. Zu ihnen gesellen sich dann noch Elemente, die ihren Arbeitsplatz aus dem zwischenbetrieblichen Ausgleich ohne weiteres wieder aufgegeben haben.

Wie sehr es notwendig ist, entsprechende Maßnahmen in regelmäßigen Abständen durchzuführen, zeigt das Beispiel aus einem großstädtischen Arbeitsamt. Dort wurden an einem Vormittag die Heime der Heilsarmee, das Obdachlosen Asyl, das Hafenviertel und einige kleinere „Hotels“ überprüft. Bei der Aktion wurden 118 meist ledige Arbeitskräfte festgestellt, die sich dem Arbeitseinsatz entzogen hatten. Von ihnen waren 99 voll und 19 teilweise einsatzfähig. Die Vollen einsatzfähigen wurden sofort verpflichtet und bereits am nächsten Tage in Arbeit gesetzt.

### Die „unsichtbaren“ Arbeitskräfte

Regelmäßige Razzia auf Drückerberger.

Eine Anzahl von Arbeitsämtern hat nach der Unterbringung des größten Teiles der Arbeitslosen die Schulungsmaßnahmen abgebaut oder eingehen lassen. Hierzu wird von zuständiger Stelle in „Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe“ bemerkt, daß die Schulung Arbeitsloser auch in Zukunft eine größere Rolle spielen wird. Einmal ist innerhalb der Fluktuationsarbeitslosen stets ein Prozentsatz, der der Umschulung zur Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit bedarf; dann aber sind auch noch überall die letzten Auswahlmöglichkeiten innerhalb des Restbestandes der Arbeitslosen erschöpft worden.

Die Suche nach Arbeitskräften führt häufig zu erstaunlichen Ergebnissen. Schon seit langem sind in fast allen Arbeitsamtsbezirken gemeinsam mit anderen interessierten Behörden, Verbänden usw. Maßnahmen zur Er-